

# **Informationsblatt nach Art. 13 und 14 der Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO)**

## **- Feststellung der Prüfungsunfähigkeit mittels ärztlichen Attests -**

### **1. Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung**

- (1) Vollziehung der Rahmenprüfungsordnung (RPO), insbesondere der §§ 21 Absatz 3 und 23 Absatz 3, der Hochschule Stralsund und die damit zusammenhängende Pflicht der Studierenden dem Dezernat Studien- und Prüfungsangelegenheiten unverzüglich schriftlich Gründe für den Rücktritt oder das Versäumnis einer Prüfung geltend zu machen. Im Falle einer Krankheit bedeutet dies die Vorlage eines ärztlichen Attests.

### **2. Information über die Erhebung personenbezogener Daten**

- (1) Im Folgenden informieren wir über die Erhebung personenbezogener Daten im Verlauf des Feststellungsverfahrens der Prüfungsunfähigkeit mittels ärztlichen Attests. Personenbezogene Daten sind alle Daten, die auf Sie persönlich beziehbar sind, z. B. Name, Geburtsdatum, Anschrift, Matrikelnummer, Prüfungsfach sowie alle auf dem Formblatt „Formular für die Feststellung der Prüfungsunfähigkeit für umseitig aufgeführte Prüfungen- Ärztliches Attest-“ vermerkten Gesundheitsdaten, u. a. Name und Anschrift des behandelnden Arztes/ der behandelnden Ärztin, Dauer und Umfang der Prüfungsunfähigkeit.

- (2) Verantwortlicher gem. Art. 4 Abs. 7 EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) ist die:

Hochschule Stralsund  
gesetzlich vertreten durch die Rektorin  
Prof. Dr. Petra Maier

Zur Schwedenschanze 15  
18435 Stralsund

Tel.: +49 3831 456500  
Fax: +49 3831 456658  
E-Mail: rektor@hochschule-stralsund.de

Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter [datenschutz@hochschule-stralsund.de](mailto:datenschutz@hochschule-stralsund.de).

- (3) Die Daten werden 2 Jahre nach Ende des jeweiligen Prüfungssemesters gespeichert. Im Falle andauernder behördlicher oder gerichtlicher Verfahren erfolgt eine Löschung frühestens nach deren rechtskräftiger Beendigung.
- (4) Empfänger der personenbezogenen Daten:
  - Dezernat für Studien- und Prüfungsangelegenheiten
  - Ggf. Prüfungsausschüsse
  - Ggf. Justizariat

### 3. Ihre Rechte als Betroffener

- (1) Sie haben gegenüber uns folgende Rechte hinsichtlich der Sie betreffenden personenbezogenen Daten:
- a) **Recht auf Auskunft**  
Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.
  - b) **Recht auf Berichtigung**  
Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).
  - c) **Recht auf Löschung**  
Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft.
  - d) **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung**  
Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.
  - e) **Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung**  
Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheit der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).
  - f) **Recht auf Datenübertragbarkeit**  
Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie einem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen zu übermitteln (Art. 20 DS-GVO).
- (2) Sie haben zudem das Recht, sich bei einer Datenschutz-Aufsichtsbehörde über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns zu beschweren.

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Mecklenburg-Vorpommern  
Schloss Schwerin  
Lennéstraße 1  
19053 Schwerin

Telefon: +49 385 59494 0  
Telefax: +49 385 59494 58  
E-Mail: info@datenschutz-mv.de